Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen

GRÜN IN DER STADT
Für eine lebenswerte Zukunft

Agenda Stadt grün-blau. Strategien und Maßnahmen zur Stärkung grün-blauer Infrastruktur im Stadtumbau

Fokusthemenworkshop Grün-blau gesund – Gesundheit schützen und fördern

Ergebnispapier
04.06.2025

Bearbeitet von

plan zwei

Kurzfassung

Die gesundheitsfördernde Wirkung städtischen Grüns ist wissenschaftlich belegt und bietet, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen, erhebliche präventive Potenziale. Stadtgrün leistet Beiträge zur Bewegungsförderung, psychischen Gesundheit, zu sozialem Zusammenhalt und Klimaanpassung – wird aber als Teil der aktiven Gesundheitsprävention bislang zu wenig berücksichtigt. Ziel ist es daher, Gesundheit systematisch in die Stadt- und Grünplanung zu integrieren sowie Gesundheitsakteure für die Präventionsleistungen grün-blauer Infrastrukturen zu sensibilisieren und diese gezielt als Instrument der Gesundheitsvorsorge zu fördern.

Der Fokusthemenworkshop „Grün-Blau gesund – Gesundheit schützen und fördern“ eruierte Möglichkeiten der ressortübergreifenden Kooperationen auf allen Ebenen sowie die Verknüpfung von Verhältnis- und Verhaltensprävention. Dabei standen sechs Maßnahmen im Fokus, die die teilnehmenden Vertreterinnen und Vertreter des Bundes, von Fachverbänden, Vereinen, Institutionen und Kommunen reflektierten und diskutierten.

Zu den Maßnahmen zählen die Verankerung gesundheitlicher Aspekte in integrierten Stadtentwicklungskonzepten (ISEK), die Möglichkeiten der Integration von Grünmaßnahmen im Rahmen der Hitzeaktionsplanung und die Verbindung von Präventionsmaßnahmen mit Maßnahmen der Städtebauförderung. Darüber hinaus ging es um die Stärkung interdisziplinärer Zusammenarbeit, die Möglichkeiten der Nutzung gesetzlicher Rahmenbedingungen (z. B. Präventionsgesetz), die Einbindung des Themas Gesundheit und Grün in Förderkulissen sowie die Beteiligung von Zivilgesellschaft und sozialen Trägern. Ein wichtiger Punkt war auf der Handlungsebene des Quartiers und der Projektebene die Umsetzung und Initiierung bewegungsbezogener Angebote zur Gesundheitsförderung.

In der Diskussion wurde deutlich: das Zusammendenken von Gesundheitsförderung, Stadt- und Grünentwicklung sowie Umweltplanung ist ein zentraler Hebel für eine chancengerechte und nachhaltige Gesundheitsprävention durch grün-blaue Infrastruktur.

Einführung

Die direkt und indirekt gesundheitsfördernde Wirkung von Grün in der Stadt ist in mehreren Studien belegt. Darüber hinaus ist öffentliches Stadtgrün kostenfrei für jeden zugänglich. Vor dem Hintergrund stark steigender Krankheitskosten[1] wird die Prävention immer wichtiger. Von den Gesamtaufwendungen der Krankenkassen fließt allerdings nur ein Bruchteil in die Prävention. Studien[2] gehen davon aus, dass die Prävention aufgrund von Überalterung, zunehmenden Erkrankungen von Psyche und Herz-Kreislauf-System sowie die Zunahme umweltbedingter Stressoren, wie Episoden starker Hitze, eine immer größere Rolle spielen muss. Dazu gehört auch die Berücksichtigung von Gesundheitsbelangen in der Grün- und Stadtplanung – und andersherum. Hier ergeben sich vielfältige Anknüpfungspunkte und Synergieeffekte für beide Seiten.

Der Ausbau von Grün in der Stadt kann, gerade im Hinblick auf die Bewegungsförderung und die Förderung sozialen Austausches, ideal mit der Quartiersentwicklung sowie der Verhaltensprävention im Rahmen des Lebenswelten-Ansatzes, wie sie von den Krankenkassen gefördert wird[3], verbunden werden. Besonders für Quartiere mit einer hohen Anzahl an vulnerablen Gruppen in der Bewohnerschaft kann der Ausbau des Stadtgrüns einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsvorsorge leisten. Grünausbau- und -entwicklung sowie Mobilitätsangebote, die z. B. den Rad- und Fußverkehr in den Quartieren fördern, sind neben ihrem Beitrag zu Klimaschutz und Klimaanpassung (und damit auch nachhaltiger Hitzevorsorge durch Kühlungseffekte) per se Teil der nachhaltigen Gesundheitsvorsorge, werden aber selten so benannt und in ihrem langfristigen monetären Wert erkannt.

Ziel ist es daher, die Gesundheitsvorteile von Stadtgrün besser darzustellen und präventive Effekte sichtbar zu machen. Aus räumlicher Perspektive gilt es dabei auch räumliche Be- und Entlastungsfaktoren zu erörtern und in besonders belasteten Gebieten sowie Gebieten mit einem hohen Anteil an vulnerablen Gruppen[4] grün-blaue Infrastruktur als Entlastungsfaktor zu vernetzen und auszubauen. Vertreterinnen und Vertreter aus Bundesressorts, Wissenschaft, Verbänden, Kommunen und Vereinen erörterten, welche Maßnahmen zukünftig auf den Weg gebracht werden müssen, um die Zusammenarbeit von Stadt- und Grünplanung sowie Gesundheitswesen auf kommunaler Ebene zu befördern, Instrumente der Stadt-, Quartiers- und Gesundheitsplanung gezielt für die Sicherung und Entwicklung grüner Infrastruktur zu

---

[1] Statistisches Bundesamt, Krankheitskosten: https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Gesundheit/Krankheitskosten/_inhalt.html

[2] Zimmermann, J., 2021: Die Zukunft der Prävention. Zukunftsstudie des 2b AHEAD ThinkTank. Leipzig. Zugriff: www.thinktank-universe.com/studien/ [abgerufen am 11.08.2025]; Gerlinger, T., o. J.: Baustelle Gesundheitssystem. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Zugriff: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/270312/baustelle-gesundheitssystem/#footnote-target-1 [abgerufen am 11.08.2025]; Zeeb, Hajo et al., 2025: Public health in Germany: structures, dynamics, and ways forward. The Lancet Public Health, Band 10, Heft 4, e333–e342. Zugriff: https://www.thelancet.com/action/showPdf?pii=S2468-2667%2825%2900033-7 [11.08.2025].

[3] Leitfaden Prävention, https://www.gkv-spitzenverband.de/krankenversicherung/praevention_selbsthilfe_beratung/praevention_und_bgf/leitfaden_praevention/leitfaden_praevention.jsp; vgl. insb. Kap 4.4 Gesundheitsförderung und Prävention in der Kommune

[4] Der GKV-Spitzenverband benennt in o.g. „Leitfaden Prävention“ in der Kommune dazu: werdende Familien und Alleinerziehende, ältere/alte Menschen in der Kommune, arbeitslose Menschen, Kinder und Jugendliche, insbesondere mit Suchtgefährdung bzw. aus suchtbelasteten oder psychisch belasteten Familien, Menschen in Lebenswelten der Freizeitgestaltung einschließlich des Sports.

nutzen und grüne Infrastruktur als Mittel der Gesundheitsvorsorge gezielt zu fördern und zu entwickeln.

Gesundheitsvorsorge durch Stadtgrün: Potenziale heben – was ist zu tun?

Moderierte Gesprächsrunde mit drei Expertinnen und Experten

In der von Kirsten Klehn (plan zwei) moderierten Gesprächsrunde diskutierten **Christa Böhme** (difu), **Ulrich Dilger** (Stadtplanungsamt Fellbach) und **Timo Heyn** (empirica, Transferstelle sozialer Zusammenhalt), wie sich eine integrierte Zusammenarbeit für mehr Gesundheitsvorsorge durch Stadtgrün etablieren lässt und wie Verhältnis- und Verhaltensprävention sinnvoll ineinandergreifen sollten, um die gesundheitsfördernden Potenziale des Grüns optimal zu erschließen.

Maßnahmendiskussion im Plenum im Überblick, weitere Maßnahmenvorschläge

In der anschließenden Plenumsdiskussion äußersten sich die Teilnehmenden zu den vorgeschlagenen Maßnahmen und erörterten dazu weitere wichtige Aspekte, Umsetzungsbedingungen und Ergänzungen, die im Folgenden kurz dargestellt werden:

- **Präventionsgsetz, Beteiligung und Einbeziehen der Krankenkassen**

Prävention muss im Gesundheitswesen eine größere Rolle spielen, dies zeigt sich auch bei der Hitzeaktionsplanung, in der nur wenig strategische Präventionsmaßnahmen auftauchen. Generell sind die Landesrahmenvereinbarungen zum Präventionsgesetz in den 16 Ländern unterschiedlich formuliert. Gesundheitsvorsorge ist nur in NRW und Hamburg verpflichtende Aufgabe der Gesundheitsämter. In NRW gibt es Beispiele, bei denen der Kassenverbund in den Strukturaufbau im Rahmen der Stadtentwicklung (ISEKs) investiert. Wichtig wäre es, dass die Krankenkassen auch in Verhältnissen denken, wenn es um Prävention geht. Sinnvoll ist eine Beteiligung der Krankenkassen, beispielsweise vertreten durch den Spitzenverband (GKV).

- **Träger, Ehrenamt und Zivilgesellschaft zur Umsetzung adressieren und einbinden; Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention der Krankenkassen als Finanzierungsmöglichkeit**

Die stärkere Einbindung sozialer Träger bei der Umsetzung von Gesundheitsmaßnahmen könnte den Personalmangel bei den Kommunen gegebenenfalls auffangen. Eine Möglichkeit ist auch die Qualifizierung von Personal in städtischen Einrichtungen (s. z. B. „Sport vernetzt“). Über Angebote der Gesundheitsförderung und Prävention der Krankenkassen können Honorarkräfte beschäftigt werden, dies ist als Instrument jedoch noch nicht breit genug bekannt. Das bestehende große ehrenamtliche Engagement im Bereich physische und psychische Gesundheit sollte genannt und einbezogen werden.

- **Fort- und Weiterbildung sowie Partizipation zur Stärkung intersektoraler Zusammenarbeit nutzen**

Die Fort- und Weiterbildung sollte mitgedacht werden. Bereits im Studium sollten intersektorale Schnittstellen thematisiert und Grundlagen als Basis für eine integrierte Zusammenarbeit vermittelt werden, zum Beispiel braucht der Gesundheitsbereicht mehr konzeptionelles Know-How zu Planungsabläufen der Stadtentwicklung. Um Gesundheitsthemen in der Stadtentwicklung expliziter zu bearbeiten bräuchte es ein stärkeres Mandat in den Kommunen, ggf. durch Instrumente wie den Stadtraummonitor (https://stadtraummonitor.bioeg.de), mit dem die Bevölkerung bewerten kann, wie lebenswert ihre Umgebung ist. Die gesetzlichen Beteiligungsmaßnahmen reichen in diesem Zusammenhang nicht aus.

- **Erholung, mentale Gesundheit und Naturerleben explitzit ansprechen**

Der Wert von Stadtgrün für die gesundheitsrelevanten Themen Erholung und Entspannung, psychische Gesundheit und Naturerleben sollte expliziter angesprochen und als Gestaltungsauftrag in die Maßnahmen aufgenommen werden.

- **Qualität von Grün benennen**

Die Qualität von Grün sollte innerhalb der Maßnahmen spezifiziert werden.

- **Anforderungen des Umweltschutzes zur Argumentation nutzen**

Die Themen Grün und Gesundheit stehen in enger Verbindung mit Anforderungen des Umweltschutzes (Biodiversität) oder beispielsweise der Lärmaktionsplanung. Die bestehenden Synergieeffekte könnten in den Maßnahmen noch deutlicher zum Ausdruck kommen und argumentativ genutzt werden.

- **Grüne Infrastruktur zur Gesundheitsvorsorge breiter und stärker mit blauer Infrastruktur zusammendenken**

Die vorgeschlagenen Maßnahmen fokussieren auf Sportstätten, die Außenräume sozialer (städtischer) Einrichtungen sollten genauso mitgedacht werden (z. B. Pflegheime, Kitas, Schulen). Auch Straßenräume könnten im Hinblick auf Bewegung und Gesundheit gezielter qualifiziert werden. Die blaue Struktur sollte deutlicher einbezogen und benannt werden, da sie das Potenzial hat, auch dort wirksam zu werden, wo grüne Strukturen nicht oder nur mit großem Aufwand möglich sind (z. B. Wasserspiele). Allerdings bedarf es hier eines funktionierenden Monitorings, um Gesundheitsgefahren durch verunreinigtes Wasser auszuschließen.

- **Chancengerechtes Grün und vulnerable Gruppen deutlicher in den Vordergrund rücken**

Fast alle Erkrankungen haben einen sozialen Gradienten. Die Chancengerechtigkeit müsste demnach deutlicher thematisiert werden. Für eine ausgeglichenere Verteilung von Grün und ausreichende Grünvesorgung (nicht nur, aber auch im Hinblick auf das Thema Gesundheit) bedarf es einer übergeordneten Koordination. Eine übergreifende Maßnahme sollte daher die Etablierung von Orientierungswerten zur Grünversorgung sein. In den Maßnahmen fehlt bisher der explizite Bezug zu vulnerablen Bevölkerungsgruppen, dieser sollte gezielt herausgestellt werden.

Besonders bei den letzten beiden Themen bestehen Überschneidungen zu den weiteren Fokusthemen, nämlich: „Grün-blau sozial – gemeinschaftlich und gerecht“ und „Grün-blau als Verbund – Struktur und neue Raumpotenziale“. Es wird geprüft, unter welchem Fokus die genannten Maßnahmen am Besten gezielt betrachtet werden sollen.

Als Ergebnis der Plenumsdiskussion wurden die folgenden drei Maßnahmen in die Priorisierung (Slido-Umfrage) und die anschließende Maßnahmendiskussion im Detail mit aufgenommen:

- Öffentliche Grünräume für Erholung, mentale Gesundheit und Naturerleben denken und gestalten
- Sensibilität für Gesundheitsförderung durch Grün über Fort- und Weiterbildung stärken
- Vereine und Zivilgesellschaft, Schulen, Kitas in Präventionsmaßnahmen einbinden und schulen
- Darüber hinaus wurde auch die Hitzeaktionsplanung als Instrument zur Gesundheitsförderung adressiert. Hier ergeben sich ebenfalls Bezüge zum „Leitfaden Prävention“ der GKV, der unter Punkt 4.4 entsprechende Maßnahmen an der Schnittstelle Gesundheit / Klimaanpassung formuliert.

Maßnahmendiskussion im Detail

Die vorgeschlagenen und in der Diskussion neu hinzugekommenen Maßnahmen wurden in drei Kleingruppen diskutiert.

Maßnahmen übergeordnete Ebene

Maßnahme 1: Silos überwinden! Zusammenarbeit für mehr Gesundheitsvorsorge durch Stadtgrün instrumentell etablieren

Die ressorübergreifende, kooperative Zusammenarbeit von Stadt- und Grünplanung sowie Gesundheitswesen steht bei dieser Maßnahme im Mittelpunkt, um Synergieeffekte für beide Bereiche besser nutzbar zu machen.

- Vorab wird angemerkt, dass es nicht nur ressortübergreifend, sondern auch innerhalb eines Ressorts darum geht, interdisziplinäre Teams zu bilden, was (noch) nicht selbstverständlich ist.
- Die kontinuierliche behördenübergreifende Zusammenarbeit sollte auch auf Bundesebene erfolgen und dort als kontnuierliche Maßnahme festgehalten werden.
- Die Zusammenarbeit von Gesundheitswesen und Grünentwicklung sollte als dauerhafte Pflichtaufgabe etabliert und für deren Bearbeitung auch Ressourcen einplant werden.

- Dabei sollte Chancengleichheit zum Thema der Zusammenarbeit gemacht und ebenfalls als Daueraufgabe etabliert werden (hier bereits aktiv: Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit).
- Auf der Ebene des Bundes ist die Novellierung des Präventiongesetzes eine weitere Möglichkeit, die Zusammenarbeit zu befördern. Hier bestand in der Diskussion jedoch aufgrund des bestehenden Koalitionsvertrags Skepsis, ob dies inhaltlich umsetzbar ist.
- Auf Bundes- und Landesebene kann die Formulierung zweckmäßiger Maßnahmen zur Prävention durch grüne Infrastrukur angeregt werden, um diese gegebenenfalls als Empfehlungen an die kommunalen Gesundheitsbehörden in die Landesgesetze über den öffentlichen Gesundheitsdienst bzw. deren landesrechtliche Vorschriften dazu aufzunehmen.
- Einzubeziehende Akteure zur Umsetzung dieser Maßnahme: Nationale Präventionskonferenz, Landesvereinigungen für Gesundheit, Fachgesellschaften (z. B. Deutsche Gesellschaft für Public Health).

Maßnahme 2: Hitzeaktionsplanung zur Stärkung von Grünversorgung und Umweltgerechtigkeit gezielt nutzen

Diese Maßnahme zielt darauf ab, die Hitzekationsplanung explizit für eine Verbindung zwischen Gesundheit und städtischem Raum zu nutzen und dessen Ausstattung, unter anderem mit Grün, stärker in den Fokus der Hitzeaktionsplanung zu rücken.

- Zu beachten ist, dass die Hitzeaktionsplanung vor demselben Problem steht wie die Entwicklung grün-blauer Infrastruktur: beide sind keine Pflichtaufgaben der Kommune, daher stehen oft nur knappe Ressourcen zur Verfügung.
- Beispiel Stadt Karlsruhe: Hitzeaktionsplanung kombiniert mit langfristigen Maßnahmen im städtebaulichen Rahmenplan Klimaanpassung und der Karlsruher Klimaanpassungsstrategie

Maßnahmen Quartiersebene

Maßnahme 3: Stadtgrün und Gesundheit in integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepten direkt adressieren

In Integrierten Stadtentwicklungskonzepten (ISEK) lassen sich gesundheitspezifische Themen gut einbringen und können auch eine zentrale Rolle spielen, werden jedoch häufig eher implizit angesprochen. Gesundheitsämter sind oft nicht an der Ausarbeitung beteiligt. Hier gilt es, in ISEKs gezielter Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge durch grün-blaue Infrastruktur zu formulieren.

- Hilfreich könnte es sein, einen Standardmaßnahmenkatalog zu entwickeln, der Maßnahmenvorschläge zur Grundausstattung von Stadträumen im Sinne der Verhältnisprävention bereithält (z. B. Trinkbrunnen u. ä.).

- Anknüpfungspunkte für Gesundheit sollten im ISEK-Prozess verstärkt aufgezeigt werden. Hierzu könnte eine Checkliste entwickelt werden, die deutlich macht, wo gesundheitliche Themen im Prozess ihren Platz finden können. Leitfäden, die Gesundheitsakteure und Planende über die Arbeitsabläufe und Prozesse des jeweils anderen informieren (s. z. B. Krankenkassenübergreifende Fördermöglichkeiten für Kommunen in NRW)
- Die neu vorgeschlagene Maßnahme: „Vereine und Zivilgesellschaft, Schulen, Kitas in Präventionsmaßnahmen einbinden und schulen“ korreliert mit der vorgestellten „Maßnahme 3“ und böte ebenfalls einen Anknüpfungspunkt, um Akteure auf Quartiersebene im Rahmen der integrierten Stadtentwicklungsplanung für die positiven Wirkungen grün-blauer Infrastruktur zu sensibilisieren.

Maßnahme 4: Gezielte Verknüpfung von Präventionsmaßnahmen nach dem Präventionsgesetz mit Grünmaßnahmen im Städtebauförderprogramm Sozialer Zusammenhalt ausbauen

Die Ebene des Quartiers bietet im Kontext der Städtebauförderung ideale Voraussetzungen, um Verhaltens- und Verhältnisprävention zusammenzubringen und gemeinsam umzusetzen. Diese Chance wird in der Praxis eher selten genutzt.

Zur Umsetzungsmöglichkeit dieser Maßnahme disktuierten die Teilnehmenden vor allem zwei Schwerpunkte: ein Bewegungsmanagment auf Quartiersebene sowie die Entwicklung eines Beispielkatalogs.

Bewegungsmanagement auf Quartiersebene etablieren:

- Ermöglichung durch den Einsatz begleitender Finanzierungen im Rahmen der Maßnahmen durch das Präventionsgesetz, wie Bewegungsmanager (Beispiel Bochum).
- Beispiel Wiener Parkbetreuung, die darauf zielt, Parks für alle zugänglich und nutzbar zu machen, vor allem Kindern und Jugendlichen eine sichere Nutzung zu ermöglichen (https://www.sozialraum.de/k-ein-kinderspiel-professionelles-arbeiten-im-park.php).
- Ziel kann es auch sein, Grün- und Freiflächen über Maßnahmen gefördert aus den Mitteln nach dem Präventionsgesetz besser in Nutzung bringen. Dafür sollten Kommunen im Rahmen der öffentlichen Gesundheitsvorsorge besseren Zugang zu diesen Mitteln erhalten.

Einen anschaulichen Beispielkatalog entwickeln, praxis- und umsetzungsorientiert:

- Um die Berücksichtigung und Umsetzung von gesundheitsfördernden Aspekten bei investiven Maßnahmen, z.B. im Rahmen der Städtebauförderung, zu befördern, könnten Standardmaßnahmen oder Mindeststandards in Maßnahmenkonzepten berücksichtigt werden – oder gegebenenfalls ein Beispielkatalog beigefügt werden.

- Konkrete Maßnahmen im Stadtraum verorten, als positives Beispiel wird der Klimakonkretplan Österreich (www.klimakonkret.at) benannt.

Weitere Hinweise zur vorgeschlagenen Maßnahme waren:

- Die Maßnahme „öffnen“ für andere Gebietskulissen: andere Städtebauförderprogramme widmeten sich auch der Verhaltensprävention.
- Daten zur Grünversorgung sollten in die Vorbereitung von Städtebaufördermaßnahmen einbezogen werden, um so gegebenenfalls Verbesserungsbedarf sichtbar zu machen und anzuregen.
- Als Flächentyp sollten auch Friedhöfe in den Blick genommen werden, besonders im Hinblick auf mögliche Maßnahmen/Angebote zum Thema mentale Gesundheit.

Maßnahmen Projektebene

Maßnahme 5: Öffentliche Grünräume als Sport- und Bewegungsangebot denken und gestalten

Maßnahme 6: Sportplätze zu multifunktionalen Spiel- und Bewegungsräumen für alle machen

Die Maßnahmen zielen auf die Nutzung des großen bundesweiten Flächenpotenzials, das Sportplätze bieten, das aber für die Öffentlichkeit oft nur eingeschränkt bis nicht zugänglich und nutzbar ist (Maßnahme 6) sowie die Nutzung bereits vorhandener öffentlicher Grünräume für gezielte Bewegungsangebote (Maßnahme 5).

- Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollten über die Bedarfe Sport und Bewegung hinausgehen und zum Beispiel auch soziale Angebote beinhalten (Überschneidungen zum Fokusthema „grün-blau sozial“ im Auge behalten). Das Thema Chancengerechtigkeit ist dabei mit zu berücksichtigen. Zudem sollte in diesem Kontext ein größerer Schwerpunkt auf dem Thema Hitze liegen.
- Bewegungsnutzungen in bestehenden Grünräumen müssen verträglich gestaltet sein, um andere Funktionen (Spiel, Erholung) nicht zu beeinträchtigen.
- Konzepte wie „bewegte Apotheke“ (Karlsruhe) nutzen den gesamten Stadtraum als Bewegungsangebot, indem niedrigschwellige Spaziergänge (die an Apotheken starten) mit leichten Übungen und einer anleitenden Person durchgeführt werden. Spaziergänge werden auch in Gelsenkirchen angeboten, verbunden mit Hitzeorte- und Barrierearmuts-Checks.
- Bewegungsangebote finden oft auf versiegelten Standorten statt, hier ist mehr Naturnähe gefragt. Zur Anregung von Bewegung sollte auch in Richtung Entwicklung der Grünvernetzung gedacht werden, um mehr Bewegung in Naturräumen anzuregen (Orientierung an der Naturerlebnispädagogik).

- Die Zusammenarbeit von Planerinnen und Planern mit Sportwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern fördern!
- Beispiel: Berlin bewegt sich: 4 Bewegungsparks sind etabliert, es gibt auch Berliner Spaziergangsgruppen. Mit einem niedrigschwelligen Angebot können viele Zielgruppen erreicht werden, vor allem kombiniert mit Programmen wie „Sport im Park“. Es stellt sich die Frage der Finanzierung, wenn nicht-kommunale Sportplätze genutzt werden.

Neu vorgschlagene Maßnahme: Öffentliche Grün- und Freiräume für Erholung, mentale Gesundheit und Naturerleben denken und gestalten

Die Maßnahme zielt darauf, die vorgeschlagenen Maßnahmen 5 und 6, die sich hauptsächlich auf die Bewegungsförderung beziehen, zu ergänzen. Hier kommt es zum Teil zu Überschneidungen mit dem Fokusthemenschwerpunkt „Grün-blau sozial – gemeinschaftlich und gerecht“.

- Die Gesundheitsförderung durch grün-blaue Infrastruktur sollte ganzheitlich betrachtet werden, nicht nur im Hinblick auf Bewegung. Der gesundheitliche Mehrwert durch die Reduktion von Einsamkeit, den Abbau von Stress und ähnliches ist hoch und sollte immer mit thematisiert werden. Zugänge zu Erholungsräumen und Ruheräumen im Grünen schaffen.
- Konzepte wie „Green Prescription“ (Großbritannien) können als Vorbilder für die Gesundheitsvorsorge in Deutschland gelten. Hierbei werden Patientinnen und Patienten von ihren Ärzten dazu angehalten, Tätigkeiten im Grünen (Spazierengehen, Gärtnern) nachzugehen, um ihre Gesundheit zu verbessern.
- Braucht es besondere Gestaltungsanforderungen für Grünräume, um gesundheitlich wirksam zu sein? Gegebenfalls sollten Anforderungen operationalisiert werden: Was muss ein Grünraum bieten, um die Vorgaben für eine therapeutische Wirkung zu erfüllen? Gestaltungshinweise, Richtlinien für Grünräume, die therapeutischen Ansprüchen genügen zusammenstellen/ zugänglich machen (Leitfaden). (Beispiel: GreenMe – EU-Forschungsprojekt zu Green Care Stadt Herne, ILS Dortmund)
- Orientierungswerte zur Grünraumversorgung erwägen, damit von den „passiven“ gesundheitlichen Mehrwerten im Wohnumfeld von möglichst vielen Stadtbewohnenden profitiert werden kann. Dabei Barrierefreiheit und Barrierearmut im Blick haben.
- Bewegung in kleiner Gruppe; Spielen als Erholungspunkt (dazu kann es auch Infrastruktur geben), z. B: Schaukeln usw, die auch Erwachsene nutzen können/sollen

Ausblick

Die Diskussionsergebnisse fließen in die Überarbeitung und Ergänzung der Agenda-maßnahmen ein. 2025 werden noch weitere Fokusthemen-Workshops stattfinden, darunter am 02.09.2025 „Grün-blau sozial – gemeinschaftlich und gerecht“.

Wir danken allen Teilnehmenden für die Mitarbeit!

Christa Böhme (difu), Christiane Bunge (UBA), Dr. Thomas Claßen (LZG-NRW), Ulrich Dilger (Stadt Fellbach), Dr. Fabian Dosch (BBSR), Oliver Ewald (BMG), Jonas Gerke (KLUG e.V.), Prof. Dr. Henny Annette Grewe (Hochschule Fulda), Stephanie Haury (BBSR), Timo Heyn (empirica, Transferstelle Sozialer Zusammenhalt), Dr. Hannes Kahrass (Prävention und Gesundheitsförderung, Gesundheitsamt Region Kassel), Ulrike Kegler (QM Leipziger Turm, Dessau), Annemarie Krüger (Landesprg. für Bewegungsförderung „Berlin bewegt sich“), Alina Krumreihn (FB Gesundheitswiss., HS für Gesundheit Bochum), Stephanie Marsch (Weeber und Partner), Marie Meinhardt (Stadt Herne), Christina Plantz (Bundesinstitut für Öff. Gesundheit), Lisa Scheithauer (ARL), Laura Schöngart (difu), Dr. Susanne Schubert (BMWSB), Lea Schürstädt (Stadt Bielefeld), Dr. Lara Steup (BMWSB), Sabrina Weitemeier (LVGAFS) Teresa Ziegler (Stadt Karlsruhe)

Impressum

Begleitagentur und Forschungsassistenz zum Forschungsprojekt Agenda Stadt grün-blau im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Team Agenda Stadt grün-blau
Urbanizers/bgmr Landschaftsarchitekten/plan zwei
c/o Urbanizers eG Nordufer 15 13353 Berlin
stadtgruen@urbanizers.de